

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Ursula Marti, SP) vom 28. Juni 2007: Aktiv für Gemeinwesenarbeit: Stadtteil bezogen bündeln; Fristverlängerung

Die BSS hat eine Studie über die engere Zusammenarbeit von TOJ, DOK und vbg bei der Hochschule für angewandte Wissenschaften in St. Gallen in Auftrag gegeben. Gleichzeitig sollte auch überlegt werden, ob es nicht Sinn macht, Gemeinwesenarbeit sozialräumlich zu gestalten statt wie bisher entlang von Querschnittsthemen oder Zielgruppen. Innerhalb der Sozialräume (Stadtteile) könnten so die soziokulturellen, politischen, planerischen, administrativen usw. aber auch privaten Aktivitäten und Freiwilligenarbeit gebündelt und optimal auf einander abgestimmt werden. Die Zusammenarbeit mit allen weiteren in den Quartieren tätigen Institutionen (Kirchen, Schulen, Vereine usw.) muss intensiviert werden.

Dadurch wäre es möglich, die in vielen Stadtteilen bestehenden politischen Mitwirkungsstrukturen (Quartier-Mitwirkung gemäss Art. 87 ff RPR) optimal mit der Gemeinwesenarbeit, sozio-kulturellen Aktivitäten, Freiwilligenarbeit, politische Arbeit usw. zu verbinden. Im besten Fall entstünden daraus wirkliche Stadtteil-Zentren, welche Anlaufstelle, Treffpunkt, Filiale der Stadtverwaltung und Koordinationsstelle würden. Mit der neuen Philosophie wären die Strukturen in den Stadtteilen, in den TrägerInnen-Organisationen sowie in der Stadtverwaltung anzupassen. In einzelnen Pilotprojekten sollen dafür die notwendigen Erfahrungen gesammelt werden.

Diese sind so anzulegen, dass die quantitativen und qualitativen Ziele der heutigen Strukturen und Organisationen erreicht werden können, freiwillige Mitarbeit und gezielt eingesetzte Freiwilligenarbeit im Quartier und Stadtteil weiterhin optimal möglich sind, keine finanziellen Mehrbelastungen entstehen sowie die politische Quartiermitwirkung dadurch bereichert und gestärkt wird. Gleichzeitig soll dadurch für die Quartierbevölkerung ein Mehrwert an Aktivitäten, eine einfachere Orientierung, transparentere Strukturen, möglichst eine Anlaufstelle sowie einfachere administrative Abläufe entstehen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Zusammen mit der Neuorientierung der Gemeinwesenarbeit soll in Pilotprojekten die sozialräumliche Ausrichtung der Arbeit in den Quartieren und Stadtteilen aufgegleist und erprobt werden. Dies soll in einem partizipativen Prozess geschehen, in welchem die Bevölkerung mitwirken kann und auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird.
2. Die Strukturen auf der Seite der Stadt sollen möglichst auf diese neue Stadtteilarbeit abgestimmt werden.
3. Die Pilotprojekte und die partizipativen Prozesse sollen gut unterstützt und ausgewertet werden. Als Endziel sollen Stadtteil-Strukturen angestrebt werden, welche die politischen, Mitwirkungs-, planerischen, sozio-kulturellen, administrativen usw. Aktivitäten und Angebote bündeln und für die Bevölkerung optimal nutzbar machen. Sie sollen allen weiteren Institutionen, Vereinen und Organisationen zur Zusammenarbeit und für Dienstleistungen offen stehen.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Ursula Marti, SP), Thomas Göttin, Christof Berger, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Michael Aebersold, Andreas Zysset

Bericht des Gemeinderats

An der Sitzung vom 24. April 2008 hat der Stadtrat mit Beschluss 223 das Postulat Fraktion SP/JUSO als erheblich erklärt und die Stellungnahme des Gemeinderats zu Punkt 2 des Postulats als Prüfungsbericht abgelehnt.

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 26. März 2008 Kenntnis genommen von der Absicht der Direktion für Bildung, Soziales und Sport, eine Organisationsentwicklung unter Einbezug der drei Leistungsvertragspartner zu starten. Ziel der Organisationsentwicklung ist, ein neues Organisationsmodell der Gemeinwesenarbeit und Soziokultur in der Stadt Bern mit tragfähigen, bevölkerungsnahen und innovationsfördernden Strukturen zu erarbeiten. Das neue Organisationsmodell soll auf die Leistungsvertragsperiode ab 2011 in Kraft treten.

Die Organisationsentwicklung wurde im Mai 2008 lanciert. Unter der Leitung der Direktion für Bildung, Soziales und Sport haben das Sozialamt und das Jugendamt in enger Zusammenarbeit mit den drei direkt beteiligten Leistungsvertragspartnern sowie weiteren in den Stadtteilen aktiven Körperschaften die Arbeit aufgenommen. Begleitet wird die Organisationsentwicklung durch Prof. Dr. Christoph Minnig von der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Konkrete Resultate werden aber erst im Herbst 2009 vorliegen.

Aus diesem Grund wird für das Postulat der Fraktion SP/JUSO eine Fristverlängerung bis Ende 2009 beantragt.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Ursula Marti, SP) vom 28. Juni 2007: Aktiv für Gemeinwesenarbeit: Stadtteil bezogen bündeln; Fristverlängerung.
2. Er stimmt der Fristverlängerung bis Ende 2009 zu.

Bern, 22. April 2009

Der Gemeinderat